



**Amnesty International**  
Bezirksbüro Berlin-Brandenburg  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
T: +49 30 841 090 52.  
F: +49 30 841 090 55

**PRESSEMITTEILUNG**

# **„JA ZUM FLÜCHTLINGSSCHUTZ“: FÜR DIE FREIWILLIGE AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN**

**Aktion am 3.10.2008 von 13 - 18 Uhr auf dem Alexanderplatz organisiert von Amnesty International, dem GRIPS-Theater und dem Flüchtlingsrat Berlin**

Wir laden Sie herzlich ein, unsere Aktion zum Auftakt der Resettlement-Kampagne am 3. Oktober 2008 zu besuchen!

**AKTION**

Der 3.10. ist nicht nur nationaler Tag des Flüchtlings, sondern dient dieses Jahr auch als Auftakt zur bundesweiten Kampagne für die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen, dem sogenannten Resettlement. Unter Resettlement ist ein festgelegtes Verfahren zu verstehen, bei dem die teilnehmenden Länder auf freiwilliger Basis Flüchtlinge aufnehmen, sie neu ansiedeln und ihnen somit eine sichere Zukunftsperspektive ermöglichen.

Zu diesem Anlass findet von 13.00 - 18.00 Uhr auf dem Alexanderplatz (Berlin-Mitte) eine Aktion von Amnesty International (Berlin-Brandenburg) mit Unterstützung des GRIPS-Theaters statt. Eine Straßentheateraktion und ein Infostand geben Informationen über die Forderung von Amnesty International an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, sich an den internationalen Resettlement Programmen zu beteiligen.

Der Flüchtlingsrat Berlin unterstützt die Aktion und informiert über die Kampagne "Save Me! Eine Stadt sagt Ja!". Am gemeinsamen Infostand an der Weltzeituhr kann man sich online als Botschafterin für die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen.

**HINTERGRUND**

40 Millionen Flüchtlinge gibt es nach Schätzungen des Hohen Flüchtlings-kommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit. Deutschland muss seine Verantwortung hier wieder deutlicher wahrnehmen. Amnesty International fordert deshalb, bundesweit „Ja zum Flüchtlingsschutz“ zu sagen und ein Programm zur Neuansiedlung (Resettlement) einzuführen.

Unter Resettlement versteht man ein festgelegtes Verfahren, bei dem die teilnehmenden Länder auf freiwilliger Basis Flüchtlinge aufnehmen, sie neuansiedeln und ihnen somit eine sichere Zukunftsperspektive ermöglichen. Bislang gehört Deutschland noch nicht zu den Ländern, die ein nationales Resettlement-Programm installiert haben. Der UNHCR vermittelt bei diesem Programm gemäß dem Auftrag, den die Vereinten Nationen ihm erteilt haben, ausgewählte Flüchtlinge an die mitwirkenden Staaten. Es handelt sich dabei um Personen, deren besondere Schutzbedürftigkeit festgestellt wurde: Vor allem alte, kranke und traumatisierte Menschen, Frauen und Minderjährige fallen unter solch eine Regelung. Letztendlich entscheiden die Länder selbst, ob sie die vorgeschlagenen Personen aufnehmen. Wichtig ist dabei, dass ein Resettlement-Programm kein Ersatz für ein faires Asylverfahren in Europa sein kann und darf.

Mit Unterschriften an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Jörg Schönbohm bitten die Menschenrechtler um Unterstützung für die Einrichtung von Resettlement-Programmen.